

Aufklärung oder Untergang!?

Unsere Demokratie und die Idee des weltoffenen Europas
wird erneut an der Unfähigkeit
der Politiker und der Wirtschaftswissenschaftler
scheitern,
die Währungsprobleme
ohne Scheuklappen zu analysieren und sachgerecht zu lösen.

von
Tristan Abromeit

30. Juli 2012

(Text 106.1)

Text 106.2

Ergänzungen:

Verwirrung unter den Geldreformern
Komplexe Vorgänge und Institutionen, die nicht kompliziert
sondern einfach gelöst werden müssen und können.
Anmerkungen zu und Voraussetzungen für eine bessere Währungsverfassung

Weitere Text-Dateien:

106.3 Der Kummer mit dem Wechselkurs - vom Goldstandard zum EWS
von Elimar Rosenbohm, 1979

106.4 Die Problematik flexibler Wechselkurse als Instrument des Zahlungsbilanzausgleichs
von Tristan Abromeit, 1966

106.5 Texte und Grafiken von Helmut Creutz zur Wirkung der Zinsen

Als ich den Haupttext mit der Textziffer 106.1 per E-Mail-Anhang an ein paar Adressen rausgeschickt habe, kamen auch gleich Rückmeldungen. Zwei davon möchte ich erwähnen. Ein Freund bedauerte, daß ich soviel Vergangenes aufgegriffen habe, mein Beitrag sei so für eine Zeitschrift nicht verwertbar. Nun, ich habe auch gar nicht vorgehabt, einen Zeitschriftenartikel zu schreiben. Mir ging es darum, deutlich zu machen, daß eine unbewältigte Währungsgeschichte eine wesentliche Ursache für die währungspolitischen Fehlentscheidungen nach dem Zweiten Weltkrieg, im Wechsel von dem fixiertem zu dem flexiblen Wechselkurs, bei der Einführung des Euro und jetzt bei der Bewältigung des Euro-Schulden-Komplexes ist. Zwangsläufig fielen und fallen heute die politischen Entscheidungen über Währungs- und Wirtschaftsfragen nicht auf dem theoretischen Erkenntnisstand, der bei einer Minderheit von Bürgern vorhanden ist, aber bei mehr Offenheit der Mehrheit möglich wäre. Die Entscheider konnten und können aber immer sagen, wir hatten bzw. haben die Mehrheit der einflüsternden Theoretiker auf unserer Seite. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten sich die marktwirtschaftlichen Dezentralisten gegenüber den marxistisch geprägten Zentralisten durchsetzen. Sie haben ihren Sieg aber schon kurz nach dem Start verspielt, weil sie die Verfassung der Währung und die Ordnung des Bodenrechtes, neben den Bereichen Bildung und soziale Sicherheit, bewußt oder uneinsichtig nicht richtig gestaltet haben. Die Fehlentwicklungen waren also vorprogrammiert. Die erste Opposition gegen die fehlgeleitete Theoriebildung und die daraus abgeleitete Wirtschaftspolitik hatte ihren Höhepunkt in der 68er-Rebellion. Mein Eindruck ist, daß in den Köpfen vieler politischer Aktivisten der Marxismus und der Keynesianismus noch zusammenging, weil in einer speziellen Auslegung von Keynes Lehre dem Staat als Akteur viel Raum gegeben wurde. Nur als der Keynesianismus vom Neoliberalismus (zweiter Prägung) abgelöst wurde, standen sie hilflos dem Geschehen gegenüber, ohne den Sinn vom Unsinn unterscheiden zu können. Und seit langem bildet sich wieder eine vielfältige Opposition, die, wenn ihr nicht freiheitliche Wege zum sozialökonomischen Frieden gezeigt wird, wieder eine Zuflucht beim einfältigen, menschenfeindlichen Zentralismus sucht.

oo

Einschub

Ich habe an anderer Stelle gesagt, daß man den Gründern von Ökonomieschulen nicht blind vorwerfen kann, was die Schüler und Anwender daraus machen. Das gilt auch für Keynes. Auch sei an ein Zitat von Lekachman im ersten Teil dieser Textsammlung verwiesen, daß nämlich auch Keynes davon ausging, daß die Menschen von Ideen und von Vorstellungen über Sachverhalte geleitet sind. Heute erhielt ich einen Link zu einer Buchbesprechung von Werner Onken, dem Redakteur der Zeitschrift für Sozialökonomie und Betreuer des Archivs

für Geld- und Bodenreform, das sein Domizil in der [Carl von Ossietzky Universität Oldenburg](#) hat. Er schreibt, daß Sarrazin neben Zweifelhaftem auch Richtiges schreibt. Er empfiehlt trotzdem das Buch zu lesen, weil man dann auch erfährt, welches ökonomische Denken die Politik beherrscht. Wörtlich heißt es:

Solche historischen Zusammenhänge kommen jedoch in Sarrazins neuem Buch nicht vor, obwohl er versucht, seine Kritik am Euro mit Rückblicken auf die Geschichte Europas und die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zu untermauern. Ohne Kenntnis des 1944 auf der Konferenz in Bretton Woods leider nicht angenommenen Plans von Keynes, alle Länder der Erde in ökonomischer Hinsicht auf eine gleiche Augenhöhe zu bringen und die Weltwirtschaft mit Hilfe eines neutralen Weltgeldes .Bancor. in einem Gleichgewicht zu stabilisieren, nimmt Sarrazin das stattdessen in Bretton Woods beschlossene System mit dem US-Dollar als Leitwährung, mit IWF, Weltbank und GATT als unhinterfragten Ausgangspunkt der weltwirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung hin. Die westdeutsche Währungsreform von 1948, das Wirtschaftswunder und das Scheitern der (Keynes zugeschriebenen) antizyklischen Fiskalpolitik wurden zu Eckpfeilern seiner realpolitisch-ökonomischen Vorstellungswelt.

Buchbesprechung von Werner Onken
Thilo Sarrazin

Wir brauchen den Euro nicht . Wie uns politisches
Wunschdenken in die Krise geführt hat

München: Deutsche Verlagsanstalt, 2012. 461 Seiten.

http://www.eurorettung.org/fileadmin/media/Eurorettung/Buchbesprechung_Sarrazin_Wir_brauchen_den_Euro_nicht.pdf

oo

Die zweite Meldung zum Text 106.1 kam von Rolf Dahmer, von dem ich schon berichtete, daß er sich als Sozialkybernetiker versteht. Er hat in Portugal deutsche Unternehmen vertreten und dort eine Familie gegründet.

Lieber Herr Abromeit,

im grossen Ganzen findet Ihr brillianter und gut recherchierter Text durchaus meine Zustimmung. Zum Sinn Ihrer Fleissarbeit jedoch zwei grundsätzliche Anmerkungen:

1. Der zentrale Punkt: Es geht nicht um "Währungsprobleme" sondern um eine europa-und weltweite Sinnkrise wobei die Währungsprobleme nur eine von vielen Symptomen bzw. „Folgekrankheiten“ ist. Behandelt man diese einzeln, dann verschlimmert man die Dinge nur noch weiter, wie ja die Ereignisse seit ca. 2 Jahren bestätigen. So sind wir gerade dabei, die „Aufklärung“ – von deren Theorie niemand etwas wissen will – sozusagen mit dem Knüppel verpasst zu bekommen. In diesem Sinne hätte ich als Titel „Strategiewechsel oder Untergang“ gewählt, allerdings nicht ohne einen zunächst generischen Lösungsansatz zu propagieren.

2. Mit Ihren Schriften sind Sie, ob Sie nun wollen oder nicht, im besagten „Haus ohne Brot“ gefangen, wo alle recht haben – aber leider nur subjektiv. Und dort kommt bekanntlich nach Diskussion der oft intellektuell-sterilen Abhandlungen jedes Mal ein Mensch mit viel mehr Titeln – vielleicht spricht er auch noch fließend Fremdsprachen – hinzu, der einem die eigenen Thesen aus der Hand und seine eigene Thesen um die Ohren schlägt. Man dreht sich mit immer brillanteren Analysen im Kreis – bis irgendwann, nachdem auch Deutschland abgestürzt ist, zum bitteren Ende die Eilmeldung kommt: „Staatsstreich in Berlin im Gange. Auf den Strassen wird geschossen“.

Gruß Rolf Dahmer

Abgesehen davon, daß man unter einer Fleißarbeit, eine Arbeit versteht, die mit viel Einsatz, aber mit wenig Grips erledigt wurde und somit kein Lob für mich ist – was ich auch nicht erwartet hatte – teile ich die Bewertung im Großen und Ganzen.

Zu 1.: Selbstverständlich haben wir eine in Bezug auf die Entwicklung unserer Gesellschaft, in Bezug auf Europa und auch die Welt eine Sinnkrise. Und diese Sinnkrise wiederholt sich oft auch in kleineren Einheiten wie Unternehmen und Idealvereinen, sowie in Individuen. Und wir haben gar nicht soviel geeignete Berater und Therapeuten, um dagegen anzusteuern. Folglich bleibt auf allen Ebenen nur die Selbsthilfe. Und diese Selbsthilfe kann oder muß durch die Konfrontation der Betroffenen mit ungewohnten oder unbekanntem Gedanken aktiviert werden. Eine Strategie für die Lösung unserer diversen gesellschaftlichen Probleme kann erst entwickelt werden, wenn die Sinnkrise überwunden ist, denn wer alles für sinnlos oder nicht beeinflussbar hält, kann keine Ziele setzen. Und ohne Ziel kann keine Strategie entwickelt werden. Nach dem zweiten Weltkrieg war es mit der Zielsetzung viel leichter: Man wollte leben, man wollte etwas zu essen, ein Dach über den Kopf und mal wieder lachen dürfen. Wir leben in einer anderen Situation, sie ist komplizierter oder wurde aus Oberflächlichkeit kompliziert gemacht. Die Lebensangst ist eine andere, sie wird nicht selten sowohl vom Mangel, wie auch von der Sättigkeit begleitet. Die Reden der Politiker werden als verlogen eingestuft und der christliche Glaube hat für die meisten Menschen die Trost- und Zuspruch-Funktion verloren.

In früheren Zeiten, wenn die Menschen in ein bis dahin unbewohntes Land kamen, haben sie sich umgesehen, aus welchem Material sie sich eine Behausung bauen konnten. In dem einen Fall war es Torf, im anderen Fällen waren es Lehm, Holz, Blätter oder mitgebrachte Felle oder Tuche. In jedem Fall hing aber die Idee und die Strategie für die Realisierung der Behau-

sung von dem Material ab, das zur Verfügung stand. Für unsere kleinen und großen gesellschaftlichen Häuser besteht das Baumaterial aus Rechtsinstituten, organisatorischen Institutionen und Regeln. Es ist kein Material, welches wir in der Natur finden, sondern es ist selbst erfundenes und gemachtes Material. Wir merken an dem Klima in dem so geschaffenen Häusern, daß manches Material uns im Widerspruch zu unserer Idee von unseren gesellschaftlichen Häusern gebracht hat, in denen wir uns sicher und wohl fühlen wollten. Es hat nun keinen Sinn zu versuchen, mit dem gleichen fehlerhaften Material uns ein neues Haus zu bauen. Und das Geld, von dem soviel die Rede ist, ist ein wesentliches Baumaterial in einer arbeitsteiligen Wirtschaft – ohne die wir heute nicht überleben könnten - , aber es ist in der jetzigen Form ein fehlerhaftes Material. Wenn die Politik so weitermacht wie bisher, dann führt das zum erneuten Zusammenbruch unserer gesellschaftlichen Häuser. Wenn sich bis dahin nicht in einer genügend großen Zahl von Köpfen eine bessere Vorstellung vom Geld gebildet hat, beginnt alles wieder von vorne, wie seit Jahrhunderten. Nebenbei werden dann wieder eine Minderheit für den Niedergang verantwortlich gemacht, vertrieben oder umgebracht. Kybernetisch gesehen ist es sicher so, daß keine Gruppe, kein Volk auf lange Zeit ohne Führung bleibt. Es ist aber illusorisch auf einen Diktator oder auf einen großen Weisen zu hoffen, der einem die Freiheit und Gerechtigkeit als Voraussetzungen für die Würde des Menschen bringt. Freiheit und Gerechtigkeit wollen auch in demokratischen Gesellschaften errungen werden. Und nicht alle, die an diesem Ringen beteiligt sind, können auf der Siegertreppe der Olympiade der Gesellschaftsgestalter stehen.

Ein Schiff kann nur dann kursstabil sein, wenn das Ziel bekannt ist, wenn die Antriebskräfte groß genug sind und die Ruderanlage funktionstüchtig ist, zudem müssen die Kräfte des Windes und der Strömungen richtig eingeschätzt werden. Ich denke, für eine Gesellschaft gilt das Gleiche, sie kann nicht ohne Lähmungen gleichzeitig versuchen, entgegen gesetzte Ziele anzusteuern, wie es bei uns schon lange geschieht, indem jeweils auf eine halbherzige marktwirtschaftliche Maßnahme zwei halbherzige Maßnahmen erfolgen, die der Zentralverwaltungswirtschaft zuzuordnen ist. Auch hier vermute ich keine böse Absicht, sondern eine von den Wirtschaftswissenschaften verursachte Verwirrung. Und von der Verwirrung zur Sinnkrise ist nur ein kleiner Schritt.

Zu 2. Selbstverständlich sitze ich im > besagten „Haus ohne Brot“ gefangen <. Ich fühle mich wie ein Wolf in Gehege eines Zoos, von dem man sagt, er sei naturnahe angelegt worden. Ich laufe immer wieder den Zaun entlang, ob es nicht irgendwo eine Möglichkeit gibt,

um auszubrechen, um jenen Wölfen am anderen Ort zu helfen, für die ich mich verantwortliche fühle. Ist es gerecht, dem eingesperrten Wolf vorzuwerfen, er bewege sich nicht so wie in freier Wildbahn und er sei ineffektiv? Und hier ist anzumerken, diese Situation wird x-fach von Menschen in aller Welt erlebt. Hier dürfte der Geburtsort vieler Terroristen liegen. Wer nicht bereit ist, diesen Menschen pazifistische Instrumente in die Hand zu geben, damit sie sich aus den institutionellen Gefängnissen befreien können, braucht sich nicht zu wundern, wenn sie sich für die Bombe entscheiden.

Auf der kürzlich erlebten Island-Reise ist mir auch der Schriftsteller Halldór Laxness in mein Bewußtsein geraten. Auch er berichtet in „Das Volksbuch – Über Island und Gott und die Welt“ Menschen, die im „Haus ohne Brot“ lebten. Aber wie arm wäre eine Gesellschaft, wenn sie keine Mitglieder hätte, die einer Idee folgten, ohne auf den materiellen Erfolg oder die ideale Anerkennung zu achten? Natürlich laufen Bewohner des „Hauses ohne Brot“ immer Gefahr, „nützliche Idioten“ (Lenin) von irgendwelchen Politstrategen zu werden. Aber neue gedankliche Welten entdecken wir für uns nicht, wenn wir Angst vor dem möglichen Spott oder gar vor der Verachtung haben. Im übrigen habe ich mit meinen beiden Familien im realen Leben erfahren, wie sich das anfühlt, in einem Haus mit leerem Kühlschrank zu leben. Meine Anstrengungen gelten daher vorrangig den Hungrigen und nicht den Satten. Und wenn ich mich ohne Lohn für die Marktwirtschaft einsetze, dann hat das seinen Grund darin, daß bei meinen Enkeln nicht die Fesseln des Kapitalismus gegen die Fesseln staatlichen Kommunismus ausgetauscht werden.¹

Ich verstehe mich hier auch nicht als „der große Ökonom mit großem Durchblick“. Ja, ich spreche mir manchmal selber die Berechtigung ab, so zu schreiben, wie ich schreibe, weil ich meine, andere seien berufener. Aber die Stimmen, die sich für die Freiheit in Gerechtigkeit erheben, sind zu wenige und zu schwach, als daß ich mir erlauben könnte zu schweigen. Ich habe auch keine Reputation als Schreiber oder Ökonom. Ich kann keine Orden, Preise und bedeutenden Ämter als Schützenhilfe für die Glaubhaftigkeit meiner Argumente aufführen, sondern muß mich auf die Wirkung des nackten Wortes verlassen. Ich kann nur anführen, daß ich ein Studium generale der Arbeit hinter mir habe, das mit meinem vierzehnten Geburtstag begann. In meiner Abschlußarbeit in dem zweijährigen Kompaktstudium an der Akademie für Wirtschaft und Politik über das Thema Wechselkurse habe ich 1966 gegen die Lehrmeinung

1 Die Formulierung „staatlicher Kommunismus“ weist darauf hin, daß ich einen freiwilligen Kommunismus in privatrechtlich organisierten kleinen gesellschaftlichen Einheiten für möglich und im Hinblick auf den Wettbewerb der Lebensmodelle für nützlich halte.

meines Prüfers angeschrieben.² Aber in diesem Studium wurde ich auch nicht zum Währungsfachmann ausgebildet. Die erste Sechs-Wochen-Arbeit war eine empirische, soziologische. Wir sollten das Thema zu einem Bereich wählen, zu dem wir Einblick aber auch Distanz hätten, wurde uns gesagt. Ich habe dann „Die Ursachen der Berufsunzufriedenheit von Seeleuten“ zum Thema gewählt. Ich habe einen Fragebogen mit 117 Fragen auf 10 Seiten für die Seeleute entwickelt und zusätzlich einen Fragebogen für Leute, die es mit Seeleuten zu tun haben. Das Ergebnis habe ich auf 90 Seiten plus Anhang niedergeschrieben. Aber vor lauter Ermahnungen, wissenschaftlich zu argumentieren, wußte ich nicht so recht, mit dem Ergebnis meiner Erhebungen etwas anzufangen. Die Aufforderung „wissenschaftlich zu argumentieren“, klang in meinen noch naiven Ohren wie die Aufforderung an den richtigen Gott zu glauben. Als ich meine Arbeit abgegeben hatte, habe ich mich hingezettelt und unter dem Titel „Es kann anders werden“ auf 13 engbeschriebenen – damals noch mit Wachsmatrizen vervielfältigten - Seiten niedergeschrieben, was ohne Anspruch auf Wissenschaftlichkeit mein Ergebnis meiner Bemühungen war. Ich habe ein Exemplar außer Konkurrenz beim Prüfer nachgereicht. Prof. Janpeter Kob, (http://de.wikipedia.org/wiki/Janpeter_Kob) sagte mir, das wäre das, was er in meiner eingereichten Arbeit vermißt hätte. Ich war einmal mehr darüber irritiert, was wissenschaftlich sein soll und was nicht. Ich erzähle das, weil ich mich schon lange mit der Frage nach der Wissenschaftlichkeit in der Wirtschaftswissenschaft abplage. Ich fand damals und danach die Forderung nach Wissenschaftlichkeit immer verknüpft mit der Forderung des Glaubens an die richtige Theorie. Das Ergebnis meiner Bemühungen in einer Situation - die angereichert wurde durch eine ungeplante Vaterschaft von drei Kindern, ohne Knete und Wohnung und die nur mit der Unterstützung aus dem Familienverband durchgestanden wurde - war, daß am Ende mein Profil auf dem Arbeitsmarkt nicht gefragt war und ich als „Klinkenputzer“ für eine Versicherungsgesellschaft - sinnigerweise mit dem Namensbestandteil "Sterbehilfe" - und danach als Eisenpflechter auf dem Bau gearbeitet habe. Das Schreiben als Teil-Legastheniker, einer der von einer Schreibschwäche befallen ist, konnte ich mir nur bedingt mit der Schreibmaschine und danach mit dem PC befreien. Ich könnte noch mehr von meinen Schwächen aufzählen, aber das Gesagte reicht, um zu beweisen, daß ich keine Kompetenzautorität im üblichen Sinn habe. Ich fordere nirgendwo auf zu glauben, sondern den eigenen Verstand zu nutzen und zu prüfen.

1961 - ich machte damals eine späte Bankkaufmannslehre in zwei Kreditgenossenschaften -

2 Die Arbeit kann unter der Textziffer 106.4 nachgelesen werden. Sie wurde damals mit dem Spiritus-Umdruckverfahren vervielfältigt.

kam ich mit einem Flugblatt zur Bundestagswahl mit Inhalten der Freiwirtschaftsschule in Berührung. Meine Neugierde hatte eigentlich die Werbung für ein neutrales Deutschland geweckt. Aber das, was ich zur Ökonomie las, hat mich damals neugierig gemacht. Ich war aber weit davon entfernt, die Aussagen einfach zu glauben. Ich habe damals an den Genossenschaftsverband geschrieben und angefragt, was von Silvio Gesells Lehre zu halten ist. Die Antwort war: Ein Teil seiner Lehre sei inzwischen verwirklicht und der andere Teil sei politisch nicht durchsetzbar und ich solle mich damit nicht zu viel beschäftigen. Das war dann für mich das Startsignal, es doch zu tun. Aber erst kam die Frage auf, die bei allen kommt, die sich unvoreingenommen und erstmals mit dem freiwirtschaftlichen Lösungsangebot befassen: "Wenn das alles richtig ist, warum nutzt man das Angebot denn nicht?" Und später, wenn die Betroffenen die Grundzüge der in sich logischen und zudem einfachen Ökonomielehre verstanden haben, fragen sie sich und andere: "Warum verstehen es die anderen nicht?"

Das Nichtverstehen hat natürlich seinen Preis darin, daß durch die Nichtanwendung von praktikablen Lösungsvorschlägen die ökonomischen und damit die Spannung in den gesellschaftlichen Strukturen bis zu dem Punkt wächst, in der eine Rebellion oder gar ein Bürgerkrieg ausbricht, der allenfalls noch durch die Umleitung in einen Völkerkrieg abgewendet werden kann. Wenn auch vermutet werden kann, daß Schicht- oder Partialinteressen die Kenntnisnahme und die Anwendung einer neuen Ökonomie behindern kann, so nehme ich nicht an, daß das die Hauptursache für die Nichtanwendung der Freiwirtschaftstheorie ist. Mühsam erworbene politische Leitbilder und "wissenschaftliche" Theorie sitzen fest in unseren Köpfen und wehren sich gegen eine Entwertung durch neue Leitbilder und neue Theorien. Diese Feststellung, die mehr eine Vermutung ist, ist auf alle Beteiligten anzuwenden, also auch auf die Vertreter der Freiwirtschaftsschule. Prof. Dr. Dieter Suhr, auf den ich noch zurückkomme, schrieb mir am 28. September 1989 u.a.:

>> Aber ich habe den zuverlässigen Eindruck, daß, von zwei oder drei Köpfen abgesehen, kein einziger Gesellianer wirklich bereit ist, die "Anstrengung des Begriffs" (Hegel) auf sich zu nehmen, um einmal zu erfahren, wie man gesellianisches Gedankengut modern, ökonomisch, professionell, transaktionskostentheoretisch formulieren und verkaufen kann. <<

Aber Dieter Suhr steht mit seiner Kritik an den Innenkreis nicht alleine dar. Gestern habe ich entdeckt, daß ich eine Erwiderung von Karl Walker auf Tonband zu den Stellungnahmen freiwirtschaftlicher Kritiker zu seiner letzten Veröffentlichung "Das Welt-Währungs-System - Eine Kritik an den theoretischen Grundlagen und ein Entwurf zur Reform" auf meinem Rech-

ner habe. (Ich hatte die Übertragung vom Tonband auf den PC vergessen.) Ich habe diese Stellungnahme angehört. Hier klagt er über "die Freiwirte" - die es als eindeutige Kategorie gar nicht gibt - genauso wie Dieter Suhr über ein mangelndes Verständnis und die mangelnde Bereitschaft, sich gemeinsam den Anstrengungen des Begriffs auszusetzen.

Ich habe nachgeschaut: Dieter Suhr, Jahrgang 1939, damals Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik an der Universität in Augsburg, der bei der Rettung seiner Tochter im August 1990 auf Kreta tödlich verunglückt ist, hat mir am 26. 2. 1987 geschrieben:

Sehr geehrter, lieber Herr Abromeit,
Sie hatten mir mit Ihrem Streubrief an vielerlei Adressen eine Kassette mit einem Text von Karl Walker zugeschickt. Besten Dank! Ich habe mir die Kassette angehört und den Text als Manuskript schreiben lassen. Vielleicht haben Sie ja Interesse an dieser schriftlichen Fassung des Textes von Walker. Deshalb füge ich Ihnen ein Exemplar bei. Auch die Kassette schicke ich Ihnen zu meiner Entlastung zurück.

Sie wollten mir mit der Kasette zeigen, daß ich nicht allein bin mit meinen Schwierigkeiten, wenn es darum geht, mit Mitstreitern theoretische Fragen zu klären. Seien Sie versichert, daß ich es weder für Boshaftigkeit und Sturheit, auch nicht unbedingt als Dummheit betrachte, wenn man einander in den Erkenntnissen nicht folgen will oder kann. Jeder kann sich irren, also besteht auch die Gefahr, daß man bei jedem einem fremden Irrtum aufsitzen kann, und in der Regel traut man sich selbst mehr zu als anderen. Es ist also in der Regel weniger die Boshaftigkeit, die Sturheit oder die Dummheit, als vielmehr Selbstüberschätzung und Egozentrik, und bei diesem Urteil schließe ich mich selbst durchaus ein. Wenn man dann nach einem eher formalen Verfahren sucht, mit Hilfe dessen man sich aus dem Gefängnis des nur-sich-selbst-Vertrauens befreien kann, dann gibt es eigentlich nur den Weg, daß man sich auf die Argumente und Denkweise des jeweils anderen möglichst gründlich und möglichst nachhaltig einläßt. Und je mehr fremde Argumente und Erkenntnisse jemand in sein eigenes Konzept zu integrieren vermag, desto eher sprechen diese Umstände dafür, daß seine Sichtweise einiges für sich hat. Auch dieses Verfahren kann trügen, aber in der Regel ist die Unfähigkeit, fremde Argumente auch nur anzuhören oder gar auf sie einzugehen, ein ziemlich zutreffendes Indiz dafür, daß der Betroffene nur in seinem eigenen Saft schmort. Und so gesehen habe ich bei mir selbst ein nicht allzu schlechtes Gewissen. Ich habe Gesell's natürliche Wirtschaftsordnung recht gründlich gelesen und mich damit (für mich) auseinandergesetzt. Ich habe mir daraufhin die Erstschriften von Gesell

und alle wichtigen andere, die mir erreichbar waren, vorgenommen, und zwar nach und nach, während ich auch schon in die "allgemeine Theorie" von Keynes eingestiegen bin und Bücher von Irving Fisher gelesen habe. So rundete sich allmählich mein Bild und ich wagte mich weiter vor bis zu den Transaktionskosten-Ansätzen der modernen Ökonomie und Geldtheorie. Wenn dann die geistreichen Überlegungen von Gesell sich einfügen in ein Bild, das mit Keynes und mit der modernen Ökonomie insoweit vollkommen verträglich ist, dann wird man schwerlich sagen können, ich gehörte zu jenen, die nur in ihrem eigenen Saft schmoren und ihre eigenen Vorstellungen von Gesell oder eben nicht mehr nur Gesell vertreten.

Aber ich beklage mich ja gar nicht, sondern habe nur gelegentlich geseufzt und im übrigen die Konsequenzen daraus gezogen, daß viele Freiwirte offenbar gar nicht wünschen, aus dem Gefängnis der nicht-professionellen Sprechweisen von "Geldhortung" und "Umlauf zwang" auszubrechen. Da hat es dann auch gar keinen Sinn, Energien zu verschwenden, wo andernorts allmählich größere Aufmerksamkeit und Aufgeschlossenheit den Einsatz eher lohnt und mehr Erfolg verspricht.

Ich werde mit gleicher Post eine Kopie der Abschrift von dem Walker-Band an Herrn Onken für das Gesell-Archiv schicken.

Mit nochmals bestem Dank und freundlichen Grüßen

Ihr

Prof. Dr. Dieter Suhr

Das sind keine Einzelfälle von Selbst- und interner Kritik. Selbst Gesell hatte Grund zu klagen. Ich gebe am Schluß dieser Ausführungen noch einen Brief von ihm wieder. Aber zuvor möchte ich "die Freiwirtschaftler" entlasten. Wenn Silvio Gesell, der immerhin mit den "bedeutensten Ökonomen des 20. Jahrhunderts John Maynard Keynes und Milton Friedman" große Gemeinsamkeiten hat, so schlecht vertreten wird, so hat das vor allem externe Gründe. Durch eine unheilige Allianz von Marxisten - besonders der Antifaschisten mit ihren verleumderischen Anwürfen -, Bürokraten der betroffenen Ministerien, beamteten Hochschullehren, denen das Gehalt nicht gekürzt wird, wenn sie Untaugliches lehren aber mit süffisanten Bemerkungen die Freiwirtschaft abkanzeln, den Parteiideologen der FDP, die die Entwicklung der Freiheit behindern, der SPD, die das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit bewirkt und der CDU, der die christliche Soziallehre etwas Fremdes geworden ist, wurde versucht, die Freiwirtschaftsschule durch Nichtbeachtung, Nichtförderung, verleumderische Unterstellungen aus dem öffentlichen Bewußtsein zu tilgen.³ Eine Schule aber, die eher eine Garantie für

3 In dieser Aufzählung fehlt die Grüne Partei. Die Grünen bilden je nach Blickwinkel eine tragische oder

einen Mißerfolg in einer beruflichen Karriere ist, als eine Förderung und zudem kein öffentliches Ansehen vermittelt, hat es natürlich schwer, in ausreichender Zahl qualifizierten Nachwuchs zu finden und an sich zu binden. Kann man einem Arzt, Pastor, Handwerker oder auch Kellner verdenken, daß er sich bei allen beruflichen und familiären Belastungen nicht mehr als begrenzt in das mit Fallstricken gespickte Theoriegepflecht begibt. Und dann auch noch zu verlangen, sie sollten ihr Denken und ihre Wahrnehmungen in die Sprache der abgehobenen Wissenschaft vortragen, ist schon eine Zumutung. Die Wirtschaftswissenschaftler lassen sich für die Forschung bezahlen. Und Forschung heißt auch Feldforschung. Und die Feldforscher haben das, was sie vorfinden, so zu beschreiben, daß es andere verstehen können. Die Freiwirtschaftsschule hat in ihrem jetzigen Stadium keine Bringschuld - obwohl ihre VertreterInnen sich das immer wieder selbstverpflichtend sagen - sondern die offizielle Wirtschaftswissenschaft hätte, wenn sie noch eine Spur von Forschungsdrang und eine Empathie für die unter den Unzulänglichkeiten der realen Ökonomie Leidenden hätte, keine Holschuld (Der Begriff besagt ja etwas anderes.), sondern die Verpflichtung, möglicher Weise nützliches Wissen dort abzuholen, wo es in unzureichender Sprache vorhanden ist..

Gesell ist nicht einer, der eine Metaphysik vermitteln will oder eine Ideologie. Er mag in Teilen irren - ich wüßte spontan zu seinen ökonomische Aussagen keine Schwachstelle zu benennen -, er ist in der Hauptsache ein ideeller Impulsgeber und Inspirator. Der Zugang zu seinen Erkenntnissen ist jedem möglich, der ein wenig vom Prinzip der Verkehrswirtschaft oder auch von der Kybernetik verstanden hat.

Ich habe als Beispiele Karl Walker und Dieter Suhr angeführt. Karl Walker ⁴hat als Buchbindergeselle 1931 sein erstes Buch geschrieben und veröffentlichen können. Der Titel lautet "Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung". Die Zeit war damals sehr bedrohlich. Er erzählte, daß er gedacht hätte, es müsse doch den Menschen gesagt werden, wie das Bedrohliche überwunden werden kann. Da er niemanden fand, der es deutlich genug oder mit genügender Reichweite sagen konnte, wäre in ihm der Befehl hochgekommen: "Du mußt es den

betrüblische Geschichte. Die ersten Impulse zur Bildung einer grünen oder Leben schützenden Partei kamen schon vor der Gründung der Grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen aus dem freiwirtschaftlichen Umfeld. Die liberal-sozialen oder freiwirtschaftlichen Gründer haben besonders stark auf die Vielfalt - der Analysen und Problemlösungen - in der Einheit der Grünen gesetzt, um den politischen Durchbruch zu ermöglichen. Letztendlich hat sich aber die falsch programmierte Einfalt durchgesetzt und die Liberalsozialen haben keine Stimme mehr in der Grünen Partei.

4 Er war durch einen Unfall in Kindertagen zu einem Krüppel geworden - wie man früher in unverhüllter Sprache sagte -, er hat nie eine Chance gehabt, eine Hochschule zu besuchen. Und aufgrund seiner Erfahrungen mit Vertretern dieser Institution meinte er am Ende seines Lebens, daß diejenigen, die dort die Volkswirtschaftslehre studieren für die Ökonomie verloren seien.

Menschen sagen!" Er hat damals seine Erwerbsarbeit ohne Gewißheit der Wiedereinstellung aufgegeben um sein Buch zu schreiben. Es war schon zu spät, auch deshalb, weil die Tonangebenden, damals kein Gespür für das sachlich Notwendige hatten. Walker war ein fruchtbarer Geist. Es folgten viele Schrift- und Buchtitel z.B. "Das Buchgeld - Ein Beitrag zur theoretischen Klärung", 1951; "Wirtschaftsring", 1959; "Das Geld in der Geschichte", 1959; "Geist und Weltgestaltung", 1960; Konjunkturpolitische Betrachtungen, 1961; "Neue Europäische Währungsordnung - Indexwährung, flexible Wechselkurse. Europa-Mark", 1962; Milliarden-Vergeudung durch Mehrwertsteuer", 1972. Sein letztes Buch, in dem er gegen sich selbst auf Gegenkurs ging und das 1979 nach seinem Tod veröffentlicht wurde, trägt den Titel "Das Weltwährungssystem - Eine Kritik an den theoretischen Grundlagen und ein Entwurf zur Reform". Dr. H. Linhard aus Münster, emeritierter Professor für Betriebswirtschaftslehre schreibt 1979 im Vorwort u.a.:

Walker wurde nicht müde, die Spreu vom Weizen zu sondern, die Narren unter den Währungsexperten anzuprangern, um sie unschädlich zu machen; so wenig er müde wurde, sich mit den großen Gedanken eines J. M. Keynes, der unbestrittenen Weltautorität in Währungsfragen auseinander zu setzen. Seine Gedanken kreisten um die Autorität des Staates im Interesse der Freiheit des Individuums, um den Widerstreit zwischen staatlicher Autorität auch und gerade in Währungssachen einerseits und ziviler Sicherheit, materieller Wohlfahrt des Bürgers im Staat. Das war ihm Verstandes- und Herzenssache zugleich. Dafür opferte er seine geistigen Kräfte, seine Ruhe, seinen Frieden. Die Mitwelt hat ihm wenig dafür gedankt; die Fachwelt am wenigsten. Er tat es um der Sache selbst willen — der Sache eben, die ihm das wichtigste erschien vor allem anderen.

Walker hat dabei aber seinen Lebensunterhalt als Unternehmer, als Verlagslektor im Zitzmann-Verlag ⁵ und zuletzt als Geschäftsführer einer Seilbahngesellschaft verdient.

Dieter Suhr wurde - so wurde es mir vermittelt - von einem Notar aus München in einem Gespräch während einer Bahnfahrt auf Gesell hingewiesen. Das soll viele Fragen in ihm ausgelöst haben, auf die er keine Antwort von den Kollegen der ökonomischen Fakultät erhalten hat. Er entschloß sich daher, die Antworten auf seine Fragen selbst zu suchen. In kurzer Zeit hat er eine Reihe von Buchtitel vorgelegt, von denen ich nur die benenne, die ich im Bestand habe: "Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus ⁶ - Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft", "Geld ohne Mehrwert - Entlastung der Markt-

5 Rudolf Zitzmann, der freiwirtschaftliche Verleger hat unter der Nazi Herrschaft im Konzentrationslager gesessen und fühlte sich von der Nachkriegsherrschaft schwächlich behandelt.

6 Wenn ich mich richtig erinnere, hatte ich vorher die Formulierung in einem Brief verwendet.

wirtschaft von monetären Transaktionskosten", Gleiche Freiheit - allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft", "Der Kapitalismus als monetäres Syndrom - Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie" und zusammen mit Helmut Creutz und Werner Onken "Wachstum bis zur Krise?". In einem Beitrag für eine juristische Zeitschrift kommt Suhr als Verfassungsrechtler zu dem Schluß, daß der Zins nicht von der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes erfaßt wird.

Eine Wirtschaftswissenschaft, die diese Veröffentlichungen und die Aktivitäten seit über 100 Jahren aus dem Umfeld der Freiwirtschaftsschule nicht wahrnehmen will und nicht in angemessener Weise verarbeiten kann oder will, hat es nicht verdient, ernst genommen zu werden. In einem anderen Zusammenhang habe ich empfohlen, daß BWL- und VWL-Personal zur Betreuung von Wohnungslosen einzusetzen, damit sie vor Ort erfahren, welchen Schaden sie anrichten. Den Gedanken über den Einsatz bei der Straßenreinigung hatte ich seinerzeit verworfen, weil sie dadurch, daß sie den derzeitigen Mitarbeitern die Arbeit wegnehmen würden und so den Schaden, den sie verursachen noch vergrößern würden.

Der frühe Tod von Dieter Suhr ist nicht nur ein Verlust für die Freiwirtschaftsschule, sondern für die gesamte Wirtschaftswissenschaft. Aber hätten sich Dieter Suhr und Karl Walker direkt begegnen können, wären sie vermutlich über das Thema Giralgeld ins Gehege gekommen. Das ist ein Hinweis, daß es im Erkenntnisprozeß zum Thema Geld durchaus zwischen Gleichgesinnten zu Differenzen kommen kann. Es ist in diesem Zusammenhang überhaupt nicht zu verstehen, daß mit viel personellem und geldlichem Aufwand versucht wird herauszufinden, ob es auf dem Mars Leben gegeben hat, aber es anscheinend außerhalb des Interesses der Wissenschaft liegt, sich Klarheit darüber zu beschaffen, was Geld wirklich ist, wie es wirkt und wie es in anderer Form wirken könnte, um der Wohlfahrt und dem Frieden zu dienen.

Im Titel dieses Textes spreche ich ja von der Verwirrung unter den Geldreformern. Die Frage was Buch- oder Giralgeld ist, hat wesentlich zur Verwirrung der Geldreformer geführt. Und jetzt kommen auch noch Geldreformer einer anderen Schule auf die Idee, wieder eine mit Gold gedeckte Währung einführen zu wollen. Vergessen wurde oder es wurde nicht vermittelt, wie viel Unheil im vorigen Jahrhundert die verschiedenen Währungsversuche mit einer Golddeckung angerichtet haben. Aus der Beobachtung, daß mit Giralgeld (Buchgeld), das sind Forderungen auf Geld (kurzfristiges Kapital) der Einleger (Kunden) einer Bank (durch Übertragung) auch Verbindlichkeiten beglichen (Schulden getilgt / Kaufpreise bezahlt) werden

können, wird geschlossen, daß Giralgeld auch Geld ist. Und es kommt noch schlimmer. Die Banken werden verdächtigt, sie könnten aus dem Nichts Giralgeld schöpfen. Da aber Geld Berechtigungsscheine zum Abruf von Gütern sind, die sich auf dem Markt befinden, würde die angenommene Giralgeldschöpfung durch die Banken die legalisierte, außer der Flutung mit Geld durch die Notenbank, die größte denkbare Geldfälscherei darstellen. Die Fehldeutung im Bereich des Giralgeldes hat dazu geführt, daß die behauptete Giralgeldschöpfung als eine Tatsache deklariert wurde, von der aus verschiedene Geldmodelle entwickelt wurden. Positiv beurteilt führt das zur Erhöhung des Klärungsbedarfs bei offenen Währungsfragen, realistisch beurteilt, haben "Giralgeldschöpfer" die zu kleine Zahl der Geldreformer gespalten und die zu geringen Ressourcen in unnötige Projekte gebunden. Gesagt sei aber deutlich, daß diese Hinweise keine Abwertung der "Abweichler" sind. Es wird wohl selten vorkommen, daß ein Mensch in böser Absicht andere Menschen in die Irre führt. Schlimm an der ganzen Sache ist auch, daß in der Wirtschaft dadurch nicht mehr klar zwischen dem staatlichem Handeln - und die Aktivitäten der Notenbanken gehören dazu - und dem Handeln des privatwirtschaftlichen Bereichs -hier gehören die Geschäftsbanken dazu - unterschieden werden kann.

Die Vorstellung, daß die Banken Umlaufmittel schöpfen und vernichten können, hat auch ihren Ausgangspunkt in $>100\%$ Money (100% Geld) $<$ von Irving Fischer, 1935, 1936 und 1945. Die Übersetzung ins Deutsche liegt seit 2007 vor. Sie ist erschienen im Verlag für Sozialökonomie (Gauke GmbH). Einen Nachfolger hat Fisher in Josef Huber, Professor für Soziologie, mit seinem Buch $>$ Vollgeld $<$ gefunden.

Vorwort zur ersten Auflage

Der Vorschlag „100%-Geld“ - also die Erhöhung der Reserveanforderungen für Sichtguthaben von etwa 10% auf 100% - mag auf den ersten Blick erschrecken. Aber es ist eine historische Tatsache, dass in der Frühzeit der Depositenbanken eine 100%-Reserve erforderlich war. Eine Wiederbelebung dieses alten 100%-Systems mit den heute erforderlichen Modifikationen würde die monetären Inflationen und Deflationen effektiv beschränken, die vom derzeitigen System ausgelöst werden. Das 100%-System würde die unverantwortliche Schöpfung und Vernichtung von Umlaufmitteln durch unsere unzähligen Geschäftsbanken stoppen, die heute die Rolle von unzähligen privaten Gelddruckereien übernehmen. Aus diesem und auch noch aus vielen anderen Gründen wäre das 100%-System ein großer Segen, und dies sogar für die Banken. ...

Auf der Rückseite des Buchumschlages wird Fisher wie folgt dargestellt:

Der amerikanische Nationalökonom Irving Fisher (* 27. Februar 1867 in Saugerties/New York, + 29. April 1947 in New York-City) verbrachte sein gesamtes Berufsleben als Professor an der berühmten Yale-Universität. Wirtschafts-Nobelpreisträger James Tobin bezeichnete ihn einmal als den größten amerikanischen Nationalökonom aller Zeiten. Der Präsident der amerikanischen Zentralbank Ben Bernanke zitiert ihn noch heute. Fisher's Publikationsliste umfasst 2000 Titel, darunter die Werke „Die Kaufkraft des Geldes“ (1911) und „Zinstheorie“ (1930). Insbesondere die heute verwendeten Preisindizes gehen maßgeblich auf Fisher zurück. 1898 erkrankte er schwer an Tuberkulose und brauchte drei Jahre, um wieder zu genesen. Seitdem publizierte er auch über Gesundheitsfragen. Beim Börsencrash 1929 verlor er fast sein gesamtes Vermögen und auch seinen guten Ruf, da er noch kurz zuvor zum Kauf von Aktien geraten hatte. Als Konsequenz daraus veröffentlichte er 1935 sein letztes Buch „100%-Money“, in dem er eine Wiederherstellung des staatlichen Vorrechts auf Geldschöpfung forderte.

Zum 60. Todestag von Irving Fisher erscheint das Buch erstmals in deutscher Sprache, übersetzt von Klaus Karwat (Berlin).

Karl Walker hält schon 1951 in seinem Buch > Das Buchgeld < dagegen:

Der „Chicago-Plan“ — 100% ige Deckung des Buchgeldes

Der „Chicago-Plan“ — deshalb so benannt, weil er von Theoretikern an der Universität Chicago im Verein mit einigen Bankiers aufgestellt wurde — geht im Ursprung auf eine Schrift des uns bekannten Geldtheoretikers Professor Irving Fisher („100% Money“, New York 1935) zurück. Dieser Plan hat bei den Vorberatungen zu der deutschen Währungsreform von 1948 auch eine gewisse Rolle gespielt, wenn auch nicht viel darüber in die Öffentlichkeit kam. Auch in diesem Falle ist es wieder so, daß wir mit unserer Kritik an den zur Debatte stehenden Ideen bei einem Gelehrten ansetzen müssen, vor dessen wissenschaftlicher Gesamtleistung wir, wie im Fall von J. M. Keynes und aller anderen, die sich an diese schwierigen Fragen wagten, außerordentliche Hochachtung haben.

Dem Gedanken der 100%igen Deckung des Buchgeldes liegt die theoretische Verirrung zugrunde, daß die Übertragungsfähigkeit von Giro Guthaben denselben Einfluß auf das Preisniveau einer Volkswirtschaft ausüben könne wie die Umlaufsfähigkeit des Bargeldes; aus diesen Gründen sei es notwendig, im selben Umfang, in dem man Giro Guthaben als „bargeldlose Zahlungsmittel“ entstehen läßt, auf der anderen Seite Bargeld von der Zahlungsmittelfunktion auszuschließen.

In der Wirtschaftszeitschrift „Die Aktuelle“ (Dezember 1947, Seite 455) schreibt Bankdirektor H. Levy, Berlin, der sich auch bei den Vorberatungen der Währungsreform besonders für die 100%ige Deckung des Buchgeldes

- 76 -

einsetzte, daß die Gefahren des Giroverkehrs in der sogenannten „Parthenogenese“ zu erblicken seien, d. h. in der Tatsache, „daß bei der bisherigen Handhabung ein und dasselbe Geld gleichzeitig mehrmals um-

läuft, einmal in bar und außerdem in den Büchern der Bank“. Darin soll eine mißbräuchliche Benutzung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu erblicken sein; „ihr kann man nur damit einen Riegel vorschieben, daß man bei den Banken das Buchgeld als das behandelt, was es ist, nämlich als Zahlungsmittel und Teil der Geldzirkulation, und es in jeder Beziehung absondert von dem eingelegten Sparkapital. Das Buchgeld darf nicht mit einem Zinsanspruch ausgestattet sein, und die Banken müssen die volle Deckung dafür in bar halten.“ (Siehe a, a. O., Seite 456.)

Mit dieser Erklärung ist nun aber in keiner Weise die Tatsache aus der Welt manipuliert, daß die überweisungsfähigen Guthaben einen zu Buch stehenden, kurzfristigen Kredit an die Bank darstellen, etwa als „Sparguthaben mit täglicher Fälligkeit“ zu begreifen. In der Tat handelt es sich also um Kapital, welches auch als Kapital, als zu Buch stehendes Guthaben, umlaufsfähig ist. Als Kapital stellt es, solange es knapp ist, einen Zinsanspruch; der Zinsanspruch mag belanglos sein, da er neben den Vorteilen der kostenlosen Kontenführung nicht in Erscheinung tritt, aber für die Banken stellt die Summe der Einzahlungen doch schließlich den Fonds der nach der anderen Seite zu vermittelnden kurzfristigen Kredite dar; und aus den Verdiensten an dieser Kreditvermittlung erzielen sie die Einnahmen, mit denen sie — wie jetzt schon mehrfach gesagt — Kontenführung und Kreditzinsen finanzieren.

Unter solchen Umständen bedeutet die Vorschrift, für die Summe der überweisungsfähigen Guthaben 100%ige Bargelddeckung in Reserve zu halten, daß erstens; nicht ein Pfennig ausgeliehen werden kann, und daß zweitens; die Banken für die Kontenführung jetzt entsprechende Gebühren erheben müßten, da sie keine Einnahmen, sondern nur Unkosten aus dem Vorrätighalten von Bargeld haben.

Für die Wirtschaft hat der erwogene Vorschlag die Wirkung, daß sie bei ihrem kurzfristigen Kreditbedarf von der Nutzung des in den Banken gehorteten echten Kapitalangebotes abgeschnitten wird. Woher nimmt aber die Wirtschaft das Bargeld für die Weiterarbeit, wenn eine Kapitalkategorie — die kurzfristigen Anlagen —, die ziffernmäßig das Vielfache des überhaupt vorhandenen Bargeldes ausmacht, grundsätzlich in Bargeld gehortet werden muß? Und woher nimmt die Wirtschaft den kurzfristigen Kredit, den sie immer benötigen wird, wenn diese echte Kreditgewährung, die Bereitstellung vorübergehend disponibler Zahlungsmittel in die Sackgasse der Bankkassenschränke geleitet wird?

Es darf nun nicht wundernehmen, daß man bei der Beantwortung dieser Frage noch weiter auf die abschüssige Bahn geraten ist. Man will also nach dieser Idee den Kreditbedarf der Wirtschaft von den dazu besonders ermächtigten Kreditbanken (Zentralnotenbank oder Bankengruppe ähnlich der Föderal Reserve Banken in USA) laufend mit „geschöpften Zahlungsmitteln“ finanzieren. Wir haben somit auf der einen Seite die Notenpresse, aus der das Geld kommt, und auf der anderen Seite den Banktresor, in den es hineinfließt. Ein Kredit ohne Inanspruchnahme von Bargeld ist ja nicht

möglich, weshalb die anderen Banken, die nicht am „Geldschöpfungsmonopol“ beteiligt sind, keine Kredite geben können, solange sie die 100% ige Deckung vorrätig halten müssen. Bei den vorkommenden Überweisungen müßten sie außerdem noch, soweit es sich um den Verkehr mit fremden Banken handelt, jeweils die zur Überweisung gehörende Bargeldübertragung auch vornehmen, da sonst die Vorschriften illusorisch werden.

Erweist es sich so, daß das ganze Projekt der 100%igen Buchgelddeckung mit allen daranhängenden Folgenotwendigkeiten sicher mehr Störungen als Ordnung in den Zahlungsverkehr der Wirtschaft bringen würde, so kommen beträchtliche Störungseinflüsse auch aus der bemerkenswerten Trennung von Aufwand und Einnahmen.

Den materiellen Aufwand der Kontenführung des Girowesens würden doch zunächst die bisherigen Depositenbanken zu tragen haben. Gleichwohl würden ihnen mit dem Tage, an dem die Einlagen nicht mehr als Kredite ausgeliehen werden dürfen, die Einnahmen aus dem kurzfristigen Kreditgeschäft abgeschnitten.

Dafür würden die mit dem Geldschöpfungsmonopol ausgestatteten anderen Banken, an die sich die Wirtschaft mit ihrem kurzfristigen Kreditbedarf wenden müßte, mit der Diskontierung von Warenwechseln usw. Einnahmen erzielen, die etwa den aus dem echten — aber stillgelegten — Angebot kurzfristigen Kapitals erzielbaren Erträgen, welche den anderen Banken verlorengelassen, entsprechen.

Das Einspringen für die von der Kreditgewährung zurückgehaltenen und in die Banktresors gedrängten Summen würde bei einem Ansatz von 30 bis 40 Milliarden D-Mark kurzfristigen Kapitals bei einem Diskont von nur 4% immerhin rund 1200 bis 1600 Millionen D-Mark dort anfallen lassen, wo das Ersatzkapital für das eingesperrte echte Kapital ausgegeben wird.

Wenn man das liest und feststellt, daß wenigstens seit 1935 bzw. seit 1951 ein wichtiges ökonomisches Problem als nicht eindeutig geklärt zu betrachten ist und die Wirtschaftswissenschaft dieses Problem bisher nicht eindeutig auflösen konnte, dann ist doch die Frage erlaubt, wozu denn die Wirtschaftswissenschaft eigentlich nützlich ist.

Nun habe ich schon ein paar Mal in Rundfunk und Fernsehsendungen vernommen, daß heutige Zeitgenossen vom ökonomischen Fach glauben, Bretton Woods und die fixierten Wechselkurse seien leichtsinnigerweise aufgegeben worden. Das Gegenteil ist der Fall, die Not zwang zu dieser Entscheidung. Ich habe einen Beitrag aus dem Jahr 1979 mit dem Titel „Der Kummer mit dem Wechselkurs – vom Goldstandard zum EWS“ als Text 106.3 ins Netz gestellt. Auch hier merkt man, daß seit dieser Zeit wenig von der Wirtschaftswissenschaft geklärt wur-

de. Der Beitrag stammt von Elimar Rosenbohm, er war Bankkaufmann und Dipl. Sozialwirt, einer der Begründer der > Zeitschrift für Sozialökonomie < und langjähriger Mitarbeiter der Landeszentralbank Niedersachsen – Bremen.

In Ergänzung zu meinem Text

Anmerkungen zu

>>Was die Staatsschulden-Krisen uns lehren / Es gibt kein Perpetuum mobile für Ökonomie, Ökologie und soziale Entwicklung << von Wolfgang Sassin

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/102.2%20Fernandes.pdf>

habe ich ergänzend unter der Ziffer 102.2 zwei Beiträge von Santiago Fernandes aus der Zeitschrift für Sozialökonomie zugänglich gemacht. Der erste Beitrag lautet:

Die Lösung der internationalen Währungsprobleme auf der Basis des KEYNES-Planes

und der zweite Beitrag lautet:

"L'argent criminel" - "Kriminelles Geld" Keynes, Proudhon, Gesell, Boisguillebert - vier nicht-marxistische Sozialisten in ihrem Ringen um eine Welt mit wirtschaftlichen Gleichgewicht

Der erste Beitrag zeigt, daß schon Bretton Woods nicht die beste Lösung für den internationalen Zahlungsverkehr brachte und aus dem zweiten Beitrag kann entnommen werden, daß schon Pierre le Pesant de Boisguillebert (1645 – 1714) ein Geld in Form des Perpetuum mobile, also ein fließendes, dienende Geld forderte. Es wird auch hier deutlich, daß wir unsere ökonomischen Probleme schon seit Jahrhunderten vor uns herschieben, nicht in der Lage sind, sie zu lösen, aber dafür auf den Mars landen wollen. Der Autor **Santiago Fernandes** war Mitglied der brasilianischen Delegation auf der Bretton-Woods-Konferenz 1944. Er hat mir sein Buch > Ouro, a Reliquia Borbara < (Gold, eine barbarische Reliquie) mit Widmung geschenkt. Leider kann ich das Buch nicht lesen.

Im ersten Teil meiner Ausführungen habe ich auf die Arbeiten von Helmut Creutz hingewiesen. Unter der Ziffer 106.5 sind Texte und Grafiken zu den Themen Zinslast und Zinsverteilung zu finden.

Ich habe überlegt, ob ich eine Skizze der notwendigen Währungsordnung wagen soll. Für einen ausgearbeiteten Vorschlag gibt es bestimmt andere Autoren, die das besser können als ich. Und das, was ich versucht habe, hier zu vermitteln, wäre für so eine Ausarbeitung nur

Ballast. Auch kann eine noch so gute Ausarbeitung nur verstanden und angewendet werden, wenn sich dafür in einer genügend großen Zahl von Köpfen ein Vorverständnis gebildet hat. Um aber nicht als Marktschreier dazustehen, der letztendlich nichts Brauchbares zu bieten hat, werde nach dem angedachten Schluß mit dem Gesell-Brief noch eine Skizze meines Verständnisses vom Geld und von der Währungsgestaltung liefern.

Ich verweise auch auf meinen Brief an den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank von 1989 hin, in dem ich in der Frageform versucht habe, daß Notwendige anzudeuten und in das öffentliche Bewußtsein für Währungsprobleme zu heben.

-
- 5.0  [Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik](#) (44 Seiten, 248 KB)
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank - Ein Brief an den Zentralbankrat - *Oktober 1989*
- 5.1 **Anlage 1:**  [Die Giralgeld Diskussion in der Zeitschrift DDW](#), 1989
- 5.2 **Anlage 2:**  [Literaturhinweise zum Thema Geld / Thema Bargeld / weitere Geldthemen](#)
- 5.3 **Anlage 3:**  [Lexikastichworte: Silvio Gesell von Prof. Popescu und Prof. Stützel](#)
In Memoriam von Prof. Hahn
- 5.4 **Anlage 4:**  [SG-Kommentare zum wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitgeschehen](#) Nr. 9 / 1977 (15 S., 146 KB)
- 5.5  [Glasnost ... Die Korrespondenz](#)

Nicht zum Abschluß - wie anfangs angekündigt - sondern als vorletzten gedanklichen Abschnitt füge ich einen Brief von Silvio Gesell, auf den ich bei der Materialsuche aufmerksam wurde ein. Ich fand den Beitrag auf einer Kopie aus der Zeitschrift > Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld<, 2. Oktoberhälfte 1925, 20. Heft. Hans Timm Verlag Berlin. Ich habe dann den Text auf der CD mit den gesammelten Werken von Gesell (Verlag für Sozialökonomie) gesucht und wie folgt kopiert. Der Brief befaßt sich nicht mit dem Währungsthema, sondern mit seiner politischen Haltung. Da ihm in dieser Beziehung immer Rechtstendenzen unterstellt werden, ist es gut, ihn mal selbst zu Wort kommen zu lassen. Der Text in den eckigen Klammern ist vom Herausgeber, Werner Onken.

An Will Noebe vom 26.8.1925 aus Buenos Aires
[Dieser Brief erschien zuerst in der Zeitschrift „Die Freiwirtschaft“ Nr. 20/1925, S. 431 – 433. Nach Differenzen mit dem Vorstand des Freiwirtschaftsbundes schied Will

Noebe aus dem FWB aus und gab in Hamburg eine eigene Zeitschrift „Wirtschaft und Freiheit“ heraus, die 1926 in die Zeitschrift „Das Ziel“ des Naturforschers Raoul H. Francé aufging. Mit der „Timmschen Organisation“ war der Fysiokratische Kampfbund gemeint.]

Die Entwicklung der freiwirtschaftlichen Theorien zu einer politischen Bewegung, das Hinauswachsen aus dem Stadium der Literatur zwingt mich zu einer entschiedenen Stellungnahme hinsichtlich des Programmes dieser politischen Bewegung und dafür zu sorgen, daß der leitende Gedanke der Freiwirtschaft im Programm in möglichst klarer und unzweideutiger Weise zum Ausdruck kommt, wie ich das übrigens in Leipzig bereits dargetan hatte. Es ist das der einzige Weg zu einer weiteren reibungslosen Entwicklung. Solange es sich nur um Literatur handelte, um Diskussion, da war alles gut, alles einerlei. Die Zeit und die Sonne bringen dann alles an den Tag. Aber in der Politik stößt alles hart auf hart, da muß jedes Wort genau abgewogen werden, da gibt es keinen Pardon und aus einer nachlässigen Aussage wird dem Politiker der Strick gedreht. Jede Unklarheit entwickelt sich mit Notwendigkeit zu Zank und Streit zwischen den besten Freunden. Ich will das nicht noch einmal erleben. Mein Irrtum ist es auch gewesen, daß ich der freiwirtschaftlichen Gedankenwelt eine viel größere erzieherische Kraft zumaß. Mir war es eine Selbstverständlichkeit, daß die nationalistischen Federn, die den freiwirtschaftlichen Mauerungsprozeß überlebten, über kurz oder lang abgestoßen würden. Solches ist aber bei vielen FFF-Leuten leider nicht eingetreten. Diese Federn sitzen sehr fest, und bin ich auch noch nicht dahintergekommen, woran das liegt. Daß es ein Erziehungsprodukt ist, das ist mir klar, aber daß dieses Erziehungsprodukt der reifen Überlegung des heranwachsenden Mannes nicht weichen kann, das ist, wie gesagt, schwer verständlich. Mir deutet fast, daß der nationalistische Wahn mit dem religiösen Wahn zu einer Einheit rattenkönigverschwanzt ist, und daß hier Religion und Nationalismus gleichzeitig angegriffen werden müssen. Als Kaiser Konstantin die christliche Lehre zur Staatsreligion „erhob“, da wurde wahrscheinlich der Plan geschmiedet, aus Gott und Staat einen Brei zu machen und diesen den Staatsknechten auf die Augen zu streichen.

Wenn ein genaues Studium dieser Dinge die Richtigkeit dieser Annahme erweisen sollte, dann natürlich müßte der Programmpunkt „Neutralität in religiösen Fragen“ fallen gelassen und der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen werden. Selbstverständlich würde das zu einer neuen Spaltung führen.

Die nationalistischen Elemente stoßen sich an der Freilandforderung, wie ich sie von Anfang an immer vertreten habe. Diese Pille vermögen sie nicht zu schlucken. Durch die Art der bisherigen Werbung wurden aber die nationalistischen Elemente besonders herangezogen und bilden sie jetzt im Freiwirtschaftsbund den Hauptstamm.

Die Freilandfrage darf heute im FFF-Bund überhaupt nicht erwähnt werden. In der Schweiz ist es auch so gekommen, und dort ist die eigentliche freiwirtschaftliche Bewegung ganz ins Hintertreffen gekommen. Es ist ja wahr, daß die Propagierung des Freigeldgedankens ungleich leichter ist und daß der Politiker hier schnell zu persönlichen Erfolgen gelangen kann. Aber wer das will, der soll sich nicht Freiwirt nennen und anderen vortäuschen, daß er es sei. Niemand

verlangt das ja vom ihm. Er mag bei dem Namen „Freigeldler“ (den Schwarz bereits einmal brauchte) bleiben. Solche Vorspiegelung falscher Tatsachen hat mir selbst böß zugesetzt und mich eine höchst unerfreuliche Rolle spielen lassen. Zuerst nannte ich mich Physiokrat, dann Freiwirt, und jetzt, da das Wort vollkommen verpfuscht ist und für politische Zwecke nicht mehr verwendbar ist, müßte ich wieder einen anderen Namen wählen, wenn ich nicht zu meiner alten Liebe zurückkehren will. Man nennt das „politische Wetterfahne“. Und Wetterfahnen kann man in der Politik nicht gebrauchen, heute weniger denn je. Wenn ich persönlich nach politischem Erfolg strebte, hätte ich allen Grund, mich zu ärgern.

Dabei bin ich von meinem Programm niemals einen Schritt abgewichen. Es ist der FFF-Bund, der danach strebt, dem Sinn des Wortes einen anderen Inhalt zu geben. Bei Roth in Bern ist das noch viel klarer geworden.

Nachdem nun endlich durch Timm eine klare Scheidung vollzogen worden und das von ihm entworfene Programm im Wortlaut keine Zweideutigkeit mehr zuläßt und es dort auch nicht an der nötigen Entschiedenheit mangelt, habe ich mich entschlossen, meine Kräfte in den Dienst der Timmschen Organisation zu stellen und lehne meine Mitarbeit in anderen Publikationen ab.

Silvio Gesell

oooooo

Anmerkungen zu und Voraussetzungen für eine bessere Währungsverfassung

Vorbemerkungen

Ursprünglich stand im Grundgesetz Artikel 88:

„Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank“.

In der neuen Fassung heißt es:

„Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank. Ihre Aufgaben und Befugnisse können im Rahmen der Europäischen Union der Europäischen Zentralbank übertragen werden, die unabhängig ist und dem vorrangigen Ziel der Sicherung der Preisstabilität verpflichtet.“

Ich habe nicht mit dem mir möglichen Aufwand die Kommentare des Parlamentarischen Rates zum Artikel 88 einsehen können. Aber mein Eindruck ist der, daß ein Mitglied dieses Rates gerufen hat: „Wir haben die Währung ganz vergessen!“ Und weil die einen keine Ahnung von dem Thema hatten und die anderen nicht wollten, daß zu viel festgezurrert würde, damit sie außerhalb der Verfassung den Bereich nach ihren Interessen formen konnten, ist dieser magere Satz in die Verfassung gekommen. Und dieser magere Satz, der nicht mehr besagt, als daß

die Bank deutscher Länder ⁷ in Bundesbank umbenannt wird, wurde dazu noch tautologisch aufgepöppelt. Denn:

>> Der Begriff „*Währungsbank*“ ist eine ältere Bezeichnung für eine Notenbank, d.h. für eine Bank, die das alleinige Recht zur Ausgabe von Banknoten besitzt. <<

www.finanz-lexikon.de/waehrungsbank_3900.html

Das ist alles verwunderlich, denn die Art der Währungsverfassung entscheidet mit, ob die Währung für die Grundrechte eine stützende oder eine sabotierende Funktion hat und ob unsere Gesellschaft eine soziale ist oder nicht. Und im Zeitpunkt der Änderung des Artikels 88 GG war den Mitgliedern des Bundestages, die der Änderung zugestimmt haben wohl die wahre Bedeutung der Währung nicht bewußt, sonst hätten sie die Abgabe von Befugnissen der Bundesbank an die EZB von Bedingungen abhängig gemacht. Auch fehlt hier eine Aussage von wem und wozu die EZB unabhängig ist. Ursprünglich stand ja hinter dieser Formulierung der Gedanke daß die Politik zur Finanzierung ihres Haushaltes keinen Zugriff auf die Notenpresse haben sollte. Aktuell sieht man aber daß die EZB ihre „Unabhängigkeit“ von sich aus (durch Druck aus der Politik und aus Gründen einer verquerten Geldtheorie) das tut, was den Finanzministern nicht gestattet wurde und wird.

Wenn konkret eine neue Währungsverfassung ausgearbeitet wird, muß natürlich jeder Paragraph des Bundesbankgesetzes und auch jeder Artikel der ALLGEMEINEN REGELUNGEN FÜR DIE GELDPOLITISCHEN INSTRUMENTE UND VERFAHREN DES EUROSYSTEMS ⁸ auf seine Tauglichkeit angeschaut werden. Ich schätze, es bleibt nicht viel Brauchbares übrig. Aber hier geht es ja nur um eine gedachte Grundstruktur, die sowohl funktional realistisch ist, wie auch nicht mit unserem Demokratieverständnis in Widerspruch gerät. Nun gibt

7 Die **Bank deutscher Länder (BdL)** wurde durch das Gesetz Nr. 60 der Militärregierung am 1. März 1948 in [Frankfurt am Main](#) gegründet, nach langen Querelen zwischen den [alliierten](#) Besatzungsmächten und der zwischenzeitlichen Errichtung von Landeszentralbanken in der amerikanischen und der französischen Zone. Die britische Auffassung der Notwendigkeit einer einzigen Zentralbank und einer gemeinsamen Geldpolitik für das neu organisierte [Deutschland](#) setzte sich aber durch. Die BdL war damit faktisch eine funktionelle Nachfolgerin der [Reichsbank](#) sowie eine Vorläuferin der [Bundesbank](#).

Zentrale Aufgabe der Bank war die [Währungspolitik](#) in der amerikanischen und britischen Zone. Am 1. November 1948 schloss sich auch der französisch besetzte Teil Deutschlands der [Zentralbank](#) an. Bis 1951 unterlag sie den Weisungsbefugnissen der [Alliierten](#). Danach war sie unabhängig und unterstand auch nicht der Weisungsbefugnis der damaligen Bundesregierung. ...

Zum 1. August 1957 wurden die Bank deutscher Länder, die Zentralbanken und die Berliner Zentralbank mit dem *Gesetz über die Deutsche Bundesbank* durch die [Deutsche Bundesbank](#) abgelöst.

http://de.wikipedia.org/wiki/Bank_deutscher_L%C3%A4nder

8 http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/EZB_Publikationen/2012/2011_01_01_durchfuehrung_geldpolitik.pdf?__blob=publicationFile

es ja auch die Vorstellung, die Notenbank als eine vierte Gewalt zu installieren. Ich halte diesen Weg für unnötig und ein Produzent von neuen politischen Konflikten. Wenn Italiens Premier Mario Monti sich wünscht, den Spielraum der Regierungen gegenüber den Parlamenten zu vergrößern, so ist das auf dem Hintergrund, daß den einzelnen Politikern (und schon lange nicht den Bürgern) die unüberschaubaren komplizierten und falschen Regelungen verständlich sind, verstehbar aber nur schwer verzeihlich. Die Forderung hat aber eine falsche Zielrichtung: Nicht die Parlamente müssen noch mehr entmündigt werden – wie sie es jetzt schon sind -, sondern die Regelungen müssen so gestaltet werden, daß sie auch die Mehrheit der Bürger verstehen kann. Anders ist der Weg in die europäische Diktatur der Bürokraten nicht zu stoppen. Ein Blick in den Vertrag zur „EUROPÄISCHE UNION / EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT“ reicht schon, um zu sehen, daß hier nicht ein Europa der Freien juristisch gestrickt wurde, sondern die Grundlage eines Bürokratismus, der das Moskau aus der Sowjetzeit in Brüssel wieder aufstehen läßt. In einem Faltblatt des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften heißt es:

> Die Kommission ist unabhängig von den Regierungen der Mitgliedsstaaten. Der Großteil ihrer etwa 20.000 Mitarbeiter arbeitet in Brüssel. <

Da das Faltblatt schon älter ist, die Zahl der Mitarbeiter dürfte sich sicher um die Hälfte oder das Doppelte vergrößert haben. Es ist ja nicht nur so, daß auch diese „Beamten“ von der produktiven Arbeit mit ernährt werden müssen, sondern alle diese „Bürokraten“ müssen sich ja dadurch rechtfertigen, daß sie neue bürokratische Regeln erfinden und die Bürger behindern, die sie ernähren. Auch hier rächt sich, daß im Vereinigungsprozeß der deutschen Republiken und bei der Formulierung der rechtlichen Grundlagen für das gemeinsame Europa den Bürgern das demokratische Recht der Verfassungsgebung verweigert wurde. Es zeigt sich auch, daß das zentralistische-bürokratische Denken in Europa noch dominiert.⁹ Der Neoliberalismus (zweiter Prägung) hat in seiner Uferlosigkeit diese Neigung noch verstärkt. Freiheitliche Stimmen wie die von Gesell wurden nicht gehört oder unterdrückt. Im Geleit von Werner Onken zum Band 16, Seite 12 der „Gesammelten Werke“ von Silvio Gesell heißt es:

Schon während des ersten Weltkriegs hatte Gesell ein Konzept für einen föderativen Bund souverän bleibender europäischer Staaten entworfen und dieses 1924 nochmals veröffentlicht. [Silvio Gesell, Weltkraftzentrale VIER und ihre Verfassung, in: ders., SGW Band 8, S. 295-306. – Ders., Statuten der Vereinigten Staaten von Europa, in: SGW Band 15, S. 97-104.] Als bald darauf in der Öffentlichkeit der Gedanke einer europäischen Zollunion als Mittel der Friedenssicherung diskutiert wurde, wandte Gesell ein, daß ein paneuropäischer Zollverein den Frieden gefährde statt ihn zu sichern, weil er das ganze Europa in ein für die übrige Welt

9 Das Vertragswerk macht auf mich den Eindruck, als sei es eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Beamte und spezialisierte Anwaltskanzleien.

geschlossenes Wirtschaftsgebiet verwandle. Mit einer solchen Festung Europa werde die Saat zu neuem Imperialismus und Militarismus sowie zu Auseinandersetzungen zwischen Europa und amerikanischen, asiatischen und afrikanischen Wirtschaftsblöcken gelegt. Frieden setze einen Weltfreihandel ohne künstliche Zollgrenzen voraus. [Silvio Gesell, Der vereinigte Unsinn von Europa – Gegen den europäischen Zollverein, in: SGW Band 16, S. 72.]

Im Bundesbankgesetz¹⁰ heißt es u.a.:

§ 3 Aufgabe. Die Deutsche Bundesbank regelt mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Währung zu sichern, und sorgt für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland.

Schon dieser § ist problematisch. Die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten ist die Aufgabe der Geschäftsbanken. Im § 12 steht:

Verhältnis der Bank zur Bundesregierung. Die Deutsche Bundesbank ist verpflichtet, unter Wahrung ihrer Aufgaben die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Sie ist bei der Ausübung der Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, von Weisungen der Bundesregierung unabhängig.

Dieser Paragraph ist zwiespältig, er räumt der Notenbank einen Spielraum für eine parlamentarisch nicht gedeckte Politik ein, die ihr nicht zusteht. Außerdem ist die Abfassung des Paragraphen eine Aufforderung an die Bundesbank, die Preisniveaustabilität der Währung – und die wäre mit einer Inflationsrate von 0% p.a. gegen – nicht zu genau zu verfolgen. Die seit der Gründung der Deutschen Notenbank zu verzeichnende jährliche Inflationsrate kann als eine Abweichung von ihrem Auftrag und als eine Konzession an die Politik der jeweiligen Bundesregierung verstanden werden. Alleine schon, daß nicht beschrieben ist, was „die Währung zu sichern“ heißt und auch noch bei 2 oder 3 % Inflation zu sagen, das Preisniveau sei stabil, ist von Übel. Im Artikel 109 (Konvergenzkriterien) des EG-Vertrages steht als Voraussetzung in der dritten Stufe – die wir inzwischen erreicht haben:

Erreichung eines hohen Grades an Preisstabilität, ersichtlich aus einer Inflationsrate, die der Inflationsrate jener – höchstens drei – Mitgliedsstaaten nahe kommt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben; ...

Abgesehen davon, daß für die Erreichung eines wertstabilen Euros die Inflationsraten der vorhergehenden Nationalwährungen keine Bedeutung hatten, ist eine solche Formulierung so unpräzise, wie sie in einem Vertrag zwischen Staaten nicht stehen sollte. Denn wenn der erste Staat eine Inflationsrate von 5% p.a., der folgende eine von 10% und der dritte von 15% hat, dann ist der nächste mit 20 % immer noch nahe dran.

¹⁰ Hier zitiert aus „Gesetzessammlung für Wirtschaftsschulen“ von Gönner . Wiegel, Stand, April 1984.

Die große Schwäche der bisherigen Währungsverfassungen ist neben dem Mißbrauch der Währung durch die Staatshaushalte, daß der konstante Umlauf im vollem Volumen das von der Notenbank ausgegebene Geldes nicht gesichert ist. Die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes kann jederzeit in einem mehr oder weniger großem Umfang den Geldkreislauf unterbinden. Die Folgen sind: a) Es entsteht eine Unterbeschäftigung der Wirtschaft, weil die Güter aus dem Markt nicht voll abgerufen werden. b) Die Notenbank hat nur eine Kontrolle über das von ihr ausgegebene, nicht aber über das umlaufende nachfragewirksame – und das Preisniveau bestimmende – Geld. c) Der Zins kann bei Sättigung des Kapitalmarktes nicht auf Null sinken, weil schon vorher das Geld in der Liquiditätsfalle hängen bleibt und so die Krise auslöst. d) Der durch unter c) beschriebene Effekt die Umverteilung des Einkommens von der Arbeit auf das Kapital in Gang hält und erst die Spekulationsmasse, die heute beklagt wird, bildet.

Bedingungen für eine bessere Währungsverfassung

Eine neue Währungsverfassung muß also eine Umlaufsicherung des Bar-Geldes garantieren, die sich sozusagen automatisch auf die Haltung von kurzfristigem Kapital, mit der spekuliert wird, überträgt. Die Umlaufsicherung besteht aus einer Art Standgebühr für das öffentliche Transportmittel Geld. Sie ist aber nicht als Steuer für den Fiskus gedacht, sondern muß sich an einem möglichen Minimum orientieren. Für die Umlaufsicherung des Geldes stehen mehrere Modelle zur Verfügung. Elimar Rosenbohm, der ja unter Textziffer 106.3 hier vertreten ist und in einer Zweigstelle der Bundesbank gearbeitet hat, äußerte sich dahingehend, daß der Notenbank nur der eindeutige Auftrag zur Umlaufsicherung des Geldes gegeben werden mußte, dort wäre genug Sachkompetenz versammelt, um die effektivste Methode auszuwählen. Dem Gedanken der Übertragung der Umlaufsicherungsgebühr vom Bar-Geld auf das Giral-“geld“ kann man vermutlich nur folgen, wenn das Bar-Geld vom sogenannten Giralgeld (kurzfristiges Kapital, Einlagen oder Kredite der Kontoinhaber an ihre Bank) auch in seiner Bedeutung für die Preisniveaustabilität richtig eingeordnet wird. Die Übertragung von Ansprüchen auf Geld per Scheck, Überweisung oder durch die Scheckkarte gehört zum Faktor Umlaufgeschwindigkeit – oder Ausnutzungsgrad – des Geldes. (Eine Klärung ist in dieser Sache mehr als dringend.)

Die Notenbank muß die Wirtschaft nicht nur mit der richtigen Menge Banknoten versorgen, sondern auch mit der richtigen Menge Münzen. Da die Münzen genauso zu der Geldmenge gehören wie die Noten, muß die Notenbank auch Herr über beide Mengen sein. Die Noten-

banken der einzelnen Mitgliedsstaaten in der Währungsunion müssen wie die EZB selbst auf die Funktionen der Geldversorgung, der Umlaufsicherung des Geldes und der Preisniveaustabilisierung reduziert werden. Ihr ist kein Spielraum für Politik einzuräumen. Sie darf nicht auf den Devisenmarkt - der mit flexiblen Wechselkursen ausgestattet bleiben muß - intervenieren (eine der Ursachen der Devisenspekulationen). Ihr wird untersagt, Devisenreserven zu halten. Sie hat keine Hausbank der Finanzminister zu sein. Es gibt keine Mindestreservepflicht für die Geschäftsbanken. Soweit ihr erlaubt werden kann, die Geldmenge über ihre Zinssätze zu steuern, müssen diese über den Marktzinssätze liegen, damit zuerst das schon im Umlauf befindliche Geld – zusätzlich zur Umlaufsicherung – mobilisiert wird. Bei der Schöpfung neuen Geldes (Bei dem im Umlaufbringen weiteren Geldes) ist darauf zu achten, daß diese möglichst an der Wertschöpfung gekoppelt ist, d.h. es soll der Grundsatz gelten, daß keiner an Geld herankommt, der nicht vorher dem Markt eine Menge an Gütern hinzugefügt hat. Die Kontrolle der Preisniveaustabilität muß durch – wie bisher auch – Institutionen getrennt von der Notenbank mittels Preisindizes vorgenommen werden. Diese Institutionen müssen genauso unabhängig – aber mit klarem Auftrag - von der Politik sein wie die Notenbank und dürfen nicht zur optischen Verschleierung von Fehlentwicklungen, die Meßbasis oder die Meßmethode verändern. Das Direktorium der Notenbank ist nobel zu bezahlen, muß aber unmittelbar bei der Verfehlung der Preisniveaustabilität mit Gehaltskürzungen entsprechend der Größe der Zielverfehlung rechnen müssen. In allen Verträgen im zivilrechtlichen wie im öffentlich-rechtlichen Bereich sind Indexklauseln ohne Genehmigung zu erlauben. Die Vermögensbestände der Notenbanken können bis auf das Volumen, daß evtl. zur Geldmengenregulierung über den offenen Markt eingesetzt werden muß, für den Rückkauf des bisher brachliegenden Geldes, das bei der Einführung einer Umlaufsicherung mobilisiert wird und inflationär wirken wird oder kann – eingesetzt werden. Damit nun nicht Notenbanken im Euroverbund mit gutem Vermögenspolster für Notenbanken mit schlechtem Polster „bluten“ müssen, sind die Rückkäufe an Quoten entsprechend der Bevölkerungszahl der beteiligten Länder zu koppeln.

Ende Text 106.2